

**Anzeigenpreise:**  
Die 7zeigspaltige Nonpareilzeile 200 Mark.  
Reklamen die 4spaltige Nonpareilzeile:  
800 Mk., Eingefandnis im totalen Zeile 1000 Mk.  
für die Korrespondenz; für das Ausland aus  
Zuschlag; für die erste Seite werden 10/100  
Anzeigen angenommen. — Honorare werden  
nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt  
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden  
nicht aufbewahrt.

# Freie Presse

Goßnowice, Tomaszów, Turzet, Blocharow

## 5. Zabrana.

konventionen des genannten Vlaties sind, zur Verhütung rates, vor allen Dingen erst einmal das Konfiskationstreiben des neuen Sejm abzuhängen. Dann wird es sich ja zur Genüge zeigen, sehr bald zeigen, ob die Linie mit den „freiden“ Elementen eine „Entente“ bilden kann, um dieses Zusammengehen von Tauer ist. Wir glauben, dies bejahen zu können, was dieses Eingeständnis den Sozialisten noch so unangenehm

Die obigen Angaben liefern ein klares Bild der misslichen Finanzlage Polens. Während im Monat September die Banknotenausgabe um 77,9 Milliarden gestiegen ist, beträgt die Steigerung im Oktober 116 Milliarden; die absolute Steigerung der Emission beträgt somit ca. 50 Prozent von einem Monat zum andern. Während im September täglich 25 Milliarden gedruckt wurden, lieferten im vorigen Monat die Druckereien täglich 4 Milliarden. Beorgungskosten sind auch die Zunahme der Staatsverschuldung. Im September betrug die Schuld des Staates an die P. K. K. P. 57,5 Milliarden; im Oktober ist sie fast auf das Doppelte gestiegen. Die Zunahme der Staatsschuld belief sich im Juni auf 18 Milliarden, im Juli und August auf 25 Milliarden. Die Maximalquote der Staatsverschuldung, welche am 28. September vom Ejn

Berlin, 17. November. (Pat.) Nach Annahme des Antrages der Kabinettsbildung schritt Dr. Cuno unverzüglich zu Verhandlungen mit den Parteiführern. Dr. Cuno ist als eine außerhalb der Parteien stehende Persönlichkeit be-

In der Sitzung des Valutaausschusses des Schleißigen Sejm, die am Dienstag stattfand, wurde die Frage der Einführung der polnischen Mark in Oberschlesien grundsätzlich erörtert. Es wurde insbesondere die Frage herkömmlich, welchen Einfluß diese Neuerung auf die Produktionsbedingungen, besonders, aber auf die Ausfuhr, ausüben würde. Es befiel der Zweifel, ob nicht die Einführung der polnischen Mark eine Krise nach sich ziehen würde. Im Laufe der Diskussion wurde die sehr wichtige Frage berührt, mit welcher Valuta man den Kohlenpreis bezeichnen könnte. Die Ortsvertreter legten dem Ausschusse ein vom polnischen Regierungskommissar für Kohlenfragen unterzeichnetes Dokument vor, das die Festsetzung der Preise in polnischer Mark verbietet. Der Vertreter der Regierung, der bei der Sitzung zugegen war, teilte in seiner Antwort mit, daß die Maßnahme des Kommissars zurückgezogen werde. Zum Schluß einigte sich der Ausschuß darüber, daß die Valutakrise in Oberschlesien nur dann vermieden werden könne, wenn die Regierung entsprechende Maßnahmen auf dem Gebiete des Verkehrs treffe.

Paris, 17. November. (Pat) Die Nachricht, daß Ismed Pascha sich nicht nach London begeben werde, wird bestätigt.

In Köln ist es Anfang dieser Woche zu schweren Unruhen gekommen. Auf der Höhenstraße stellten sich gegen 7 Uhr abends Passanten auf, die von der Polizei vertrieben wurden. Die Geschäfte hatten schon vor sieben Uhr geschlossen. Im südlichen Stadtteil der Severinsstraße vom Beipplatz bis Glotzkyplatz wurden viele Läden geplündert. Starke Menschenmengen zertrümmerten mit Steinen, Eisen und Werkzeugen die Fensterscheiben und raubten die Geschäfte aus. Völlig geplündert wurden insbesondere die Auslagen von Schuhgeschäften, ferner ein Strawattenhaus, ein Schirmgeschäft, ein Hutgeschäft, ein Haarladen und Lebensmittelschäfte. Das Eingreifen der Polizei wurde durch dichten Nebel sehr erschwert. Die Menge zerstreute sich erst gegen 10 Uhr. Auf der Severinsstraße liegen stellenweise fußhoch dicke Glasplitzen auf den Bürgersteigen. Der Schaden beträgt viele Millionen. Eine Anzahl unbeeiliger Personen ist von herabfallenden Scheibenspliten verletzt worden. Die Ausschreitungen, die bereits am Freitagabend voriger Woche im Vorort Rell begonnen haben, sind am Samstag fortgesetzt worden und griffen im Laufe des Tages auch auf die Vororte Mülheim und Ehrenfeld über. In einzelnen Geschäften wurden die Fensterscheiben zertrümmert. Einzelne Beamte, die eingeschritten waren, wurden mit Steinen beworfen, so daß sie sich mit der blanken Waffe wehren mußten. In Ehrenfeld gab ein Polizeiwachtmeister, den die Menge vom Herde reißen wollte, in der Notwehr einen Schuß ab. Ein anderer bittender Beamter wurde mit dem Hute angegriffen. Einzelne Teilnehmer schrien „Hun-

**Memel, 17. November.** Nachdem die Memeler Delegation in Paris von der zum Studium der Memelfrage eingesetzten Sonderkommission der



# Unwiderruflich

Ist es uns möglich, nur noch 2 Tage  
(Sonnabend und Sonntag) —  
zu demonstrieren.

# Das Geheimnis der Haltestelle der Elektrischen Direktion „Casino“.

ger! Hunger!" und beschäftigten die Beamten. Schließlich wurde die Minge zerstreut. Es sind mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

In Düsseldorf versuchten ausländische Arbeiter am Dienstag mittag in der Vorhalle eine Versammlung abzuhalten, die von der Polizei verboten worden war. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Ausländern und der Polizei. Dabei wurde einer der Demonstranten — nach anderen Mitteilungen handelt es sich um vier — getötet. Die Menge, die sich zuerst recht wild gebärdete, flüchtete, als die Polizei Ernst machte, in die benachbarten Gärten und Häuser und von dort auf die Dächer, die später so überfüllt waren, daß Personen von den Dächern stürzten und sich dadurch Verletzungen zuzogen. Eine große Anzahl von Möbelschreibern wurde verhaftet.

Die in Hamburg für die breiten Schichten nicht mehr tragbaren Mietpreise aller notwendigen Bedarfsmittel haben die Erregung der Bevölkerung gesteigert. Deshalb sammelte sich eine Volksmenge in den Straßen und veranstaltete Kundgebungen. Um ein Stürmen von Läden zu verhindern, griff die Polizei ein.

## Die Abfindung des Hauses Wettin.

Das Schicksal der Schlösser und Sammlungen. Dresden, 16. November. Dem neuen sächsischen Landtag wird als eine der ersten Regierungsvorlagen ein Gesetzentwurf über die Abfindung des früheren sächsischen Königs Hauses zugehen. Soweit die Angelegenheit endgültig geregelt werden kann, wird sie nach folgenden Gesichtspunkten erfolgen: Dem sächsischen Staat verbleiben die Schlösser in Dresden und Pillnitz, mit Ausnahme des darin befindlichen persönlichen Mobiliars des Hauses Wettin. Das Eigentumsrecht des Staates wird durch die sächsische Verfassung von 1880 begründet; darin heißt es, daß beide Schlösser wie auch die früheren königlichen Sammlungen „unantastbar vom Staate" sind. Von diesem Standpunkt werden auch die Stiftungen, wie die Gemäldegalerie, das Kupferstichkabinett, die Skulpturensammlung, das Grüne Gewölbe, das Historische Museum, die Porzellansammlung, die naturwissenschaftlichen Sammlungen der Stadt Dresden erhalten bleiben. Eigentum des Hauses Wettin bleiben dagegen Schloß Moritzburg und die Villa Strahlen. Das Palais Johann Georg in Dresden ist bereits vor einiger Zeit der Secundogenitur des Hauses Wettin zugesprochen worden.

## Heimkehrverbot für den Metropolitene Szeptycki.

Nach Mitteilungen der Warschauer Blätter ist dem griechisch-katholischen Metropolitene Szeptycki von dem Befehl der Rückkehr nach Lemberg unterzogen worden, da er sich des Hochverrats schuldig gemacht haben soll. Wie bekannt, agitierte Szeptycki außerhalb der Grenzen im Interesse der ukrainischen Bevölkerung in Galizien.

## Lokales.

Boh, den 18. November 1922.

**Stadtvorordnetenversammlung.** Die Sitzung des Stadtrats am Donnerstag eröffnete der Vorsitzende Remiszewski. Als erstes beschloß der Stadtrat die Gehälter der Beamten für den Monat November am 16, 17 Prozent zu erhöhen. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, den Magistrat zur Aufnahme einer Leihleihe von 1 Milliarde Mark in der Warschauer Kommunalbank zu bevollmächtigen, die zur Deckung des Fehlbetrags der Verwaltung des Bozener Magistrats für das Jahr 1922 verwendet werden soll.

Ferner wurde zur Frage der Aufnahme eines Kredits von 300 Millionen Mark bei der Polnischen Landesbankentscheidung geschritten, der zum Ankauf von Lebensmitteln verwendet werden soll. Dadurch soll eine wirkungsvolle Bekämpfung der Teuerung erreicht werden. Über den Gegenstand: Kredit und Teuerung entwickelte sich eine Aussprache, an der Schöffe Wadzian, Stadtpräsident Remiszewski und die Stadträte Kapalski und Rosenblatt sich beteiligten. Stadtpräsident Remiszewski machte darauf aufmerksam, daß im Sejm 70 Prozent der Abgeordneten Bauern sind und daß es daher nicht verwunderlich ist, wenn die durch diesen Sejm berufene Regierung die Verbraucher nicht verteidigt, sondern immer auf der Seite der Landbevölkerung steht. Dies charakterisiert am besten die Tatsache, daß die mittelbaren Abgaben dauernd erhöht werden, während die unmittelbaren Abgaben unendlich bleiben. Der Bauer zahlt heute die Grundsteuer in derselben Höhe wie vor 2 Jahren.

Auf einer der letzten Sejm-Sitzungen wurde eine Entschließung angenommen, die den Wucher der Landrente sanktioniert; und zwar wurde die Straflosigkeit der wuchernden Bauern be-

strast wird, wenn einer die Höchstpreise nicht einhält. Das ist eine ausdrückliche Begünstigung des ländlichen Erzeugers zu Ungunsten der städtischen Bevölkerung. Redner glaubt nicht an eine Bekämpfung der Teuerung, ebenso wie er an die Höchstpreise nicht glaubt, da keine polizeiliche Verordnung dort Hilfe schaffen kann, wo die Regierung eine schlechte Ausfuhrpolitik führt und das Hauptamt für Aus- und Einfuhr eine Entlastung des Landes von Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln zuläßt, wodurch deren Preise stetig steigen.

Nun ergriß Stadtr. Dr. Rosenblatt das Wort. Er ist der Ansicht, daß eine Teuerung gar nicht vorhanden ist, sondern daß die Preissteigerung durch die Geldentwertung verursacht wird. Die Summen, die uns groß dünken, sind in Wirklichkeit sehr klein, da sie bei der Umrechnung im Goldwert vielfach kleiner als in der Vorkriegszeit sind. Im Laufe der letzten 6 Wochen fiel die Valuta um 100 Prozent, es ist daher kein Wunder, daß alle Preise im entsprechenden Verhältnis steigen mußten.

Dr. Rosenblatt macht gleichfalls auf die ungleiche Behandlung der landwirtschaftlichen Produzenten und des städtischen Kaufmanns, durch die Regierung aufmerksam. Während vom Kaufmann Rechnungen gefordert werden und er für die Ueberschreitung der Höchstpreise bestraft wird, duldet die Regierung den Wucher der Landproduzenten, ja legalisiert ihn sogar. Redner ist pessimistisch gestimmt und behauptet, daß die Stadtverordnetenversammlung die Teuerungssage nicht lösen könne, daß nicht einmal der Sejm dazu imstande sei. Trotzdem weist Stadtr. Rosenblatt darauf hin, daß ein Kredit von 300 Millionen Mark bei der Regierung aufgenommen werden müsse. Die Abstimmung ergab, daß alle Stadtverordneten die Ansicht Dr. Rosenblatts betreffs der Aufnahme eines Verpflegungskredits teilen.

Sobald beschloß der Stadtrat die Erhöhung der Abgaben zuzunehmen der Stadt die als Aufschneider für Industrie und Handelspatente eingezogen werden. Eine ganze Reihe von Angelegenheiten, wie Erhöhung des Tariffs der Straßenbahn, des Tariffs für das Schlachten von Vieh, Benutzung der Stände auf den Marktplätzen, für das Fahren der Schornsteine u. a. wurde einer Kommission, die mit den Rechten der Stadtverordnetenversammlung ausgestattet ist, überwiesen.

Zum Schluß schritt man zur Verlesung des Konzeptionsvertrages, der zwischen der Stadt und der Aktiengesellschaft der Bozener elektrischen Straßenbahn abgeschlossen worden ist. Die Verlesung wurde flüchtig unterbrochen, da ein Teil der Stadtverordneten mit Kapalski an der Spitze der Ansicht war, daß der Vertrag zuwenig bekannt sei und daß der Referent, Werschetzki, ein paucel, nicht genügend vorbereitet sei. Die Mehrzahl der Stadtverordneten teilte die Ansicht ihres Kollegen Kapalski nicht und die Stadtverordnetenversammlung nahm den Konzeptionsantrag an, in dem sie nur einige Änderungen vornahm.

**Registrierung der 1902 geborenen Männer.** Der Regierungskommissar in Boh gibt bekannt, daß alle im Jahre 1902 geborenen Männer sich zur Registrierung melden müssen. Die Registrierung betrifft vor allen Dingen diejenigen Personen, die aus irgend welchen Gründen 1920 nicht registriert wurden. (bip.)

**Aufrechnung der Umsatzsteuer für das Verwaltungsjahr 1923** beschloß die Stadtvorordnetenversammlung einen Beschluß zur Grundsteuer zu erheben, und zwar müssen Unternehmungen, die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, einen 100prozentigen Zuschlag entrichten, während andere Unternehmungen einen 50prozentigen, Unternehmungen, die zum Alkoholausschank berechtigt sind, einen 200prozentigen Zuschlag entrichten müssen. (bip.)

**Schulgeldzuschuß.** Auf Beschluß des Magistrats erhalten Angestellte der Stadtverwaltung, der städtischen Gasanstalt und des städtischen Theaters eine Unterstützung der Schulgebühr für ihre Kinder, die im Schuljahr 1922-23 in Mittelschulen ihre Ausbildung genießen. Dieser Zuschlag wird den Angestellten für das 1. Halbjahr bis zum 30. November und für das 2. Halbjahr vom 1. bis 31. März 1923 ausbezahlt werden. bip.)

**Trauung.** Gestern fand die Trauung des Uhrmachermeisters Herrn Karl Wolff mit der Tochter des Uhrmachermeisters Herrn A. Kloeckel statt. — Wir wünschen dem neuvermählten Paare viel Glück!

**Vortrag.** Wie bereits kurz mitgeteilt, findet am Mittwoch, den 22. d. Mts., ein Vortrag des Herrn Heinrich Stummemann über das Thema: „Wenn der Mensch reif zur Liebe wird" statt. Herr Stummemann wird in seinem Vortrage über Liebe, freie Liebe, Prostitution, Ehe und Eifersucht sprechen. Da die Vorträge des in Boh bekannten Schriftstellers sich bisher großen Erfolges zu erfreuen hatten, sieht man erwarten, daß auch sein Mittwochsvortrag, der in der Philharmonie stattfinden wird, großes Interesse erwecken wird.

## Der Streik in der Textilindustrie beigelegt.

Der Arbeitsminister verhandelt mit den Parteien. — 35,° Lohnerhöhung bewilligt und angenommen.

Anlaßlich des Streiks in der Textilindustrie traf Arbeitsminister Darowski in Boh ein. Gleich nach seiner Ankunft empfing der Minister im Grand Hotel trotz der nächtlichen Stunde den Vertreter der Industriellen Jag. Kumpel, mit dem er längere Zeit konferierte. Der Minister ersuchte die Industriellen, sich mit den Arbeitern zu verständigen, um den Streik zu beenden.

Am Morgen begab sich der Minister nach dem Botschaftsbezirk des Textilindustriellen, wo er mit den Industriellen konferierte. Der Minister wies auf die allgemeine Lage der Industrie hin, der die gegenwärtige Konjunktur weitere Zugeständnisse gefahrte, da ein längerer Streik unfehlbar den Ruin der polnischen, besonders aber der Bohmer Industrie herbeiführen müßte. Der Arbeitsminister erklärte weiter, daß die Bildung einer aus Vertretern der Industriellen und der Gewerkschaften bestehenden

statistischen Kommission am zweckmäßigsten wäre. Diese hätte den Teuerungszuwachs für Artikel des ersten Bedarfs festzustellen, um somit den ständigen Streik, der sowohl den Arbeitern als auch den Industriellen zum Nachteil gereichte, ein Ende zu bereiten.

Darauf ergriß der Vertreter der Industriellen das Wort und erklärte, daß die statistische Kommission im letzten Monat nur einen 16prozentigen Teuerungszuwachs festgestellt hätte, daß aber die Industriellen trotzdem zu einer 25prozentigen Lohnerhöhung sich bereit erklärt hätten. Nach mehreren Konferenzen mit den Arbeitern hätten die Verwaltungen der Industriellenverbände in dieser Angelegenheit eine Stimmung abgehalten, auf der die Industriellen zum Beschluß gekommen wären, weitere Zugeständnisse nicht zu machen.

Nach längeren Auseinandersetzungen versprachen die Vertreter der Industriellen dem Arbeitsminister, eine allgemeine Versammlung der Bohmer Industriellen einzuberufen und von deren Ergebnis den Minister um 6 Uhr abends in Kenntnis zu setzen.

Um 4 Uhr nachmittags hatte der Minister im Botschaftsbezirk des Arbeitsinspektors eine Konferenz mit den Delegierten der Berufsverbände. Zunächst erklärte Minister Darowski, daß er, sobald er durch Arbeitsinspektor Wojtkiewicz von der Ergebnisslosigkeit der zwischen den Arbeitern und Industriellen geführten Konferenz erfahren habe, unverzüglich nach Boh gekommen sei, um die Lage zu klären, die Industriellen hätten ihm aber erklärt, auf weitere Zugeständnisse nicht eingehen zu können. Gleichzeitig wies der Minister darauf hin, daß die Industriellen sich darüber belagert hätten, daß die Arbeiter zu Beginn des Streiks die Waren in den Säcken liegen

ließen, wodurch bedeutende Warenmengen vernichtet wurden. Der Minister ist der Ansicht, daß diese Handlungsweise der Arbeiter zu verurteilen sei, da nicht der Fabrikant, sondern der Konsument diese bedeutenden Verluste tragen werde. Der Minister wies außerdem auf die Verhältnisslosigkeit der Arbeiter hin, welche aus der neu erbauten Spinnerei der „Widzewer Wollfabrik" die Monturen entfernten.

Schon klagte, daß die Monturen ihren Lohn in englischer Währung beziehen, erleiden dadurch auch die Arbeiter bedeutende Verluste, da die Arbeit in der Fabrik dadurch bedeutend später aufgenommen werden wird. Als Vertreter der Regierung steht der Arbeitsminister auf dem Standpunkt, daß die Industrie eine möglichst große Anzahl von Industriearbeitern in Angriff genommen werden müßte, wie dies im Ausland der Fall ist, wo die Industrie bereits den Vorkriegsstand erreicht hat.

Darauf wurde der Plan zur Bildung einer statistischen Kommission in Erwägung gezogen. Der Vertreter der Arbeiter Kaluzynski sprach sich gegen diesen Plan aus und wies darauf hin, daß auf diese Weise die Löhne der Textilarbeiter dem Einkommen anderer Arbeiter niemals gleichkommen würden. Der Minister erklärte sich jedoch für die Bildung einer solchen Kommission, die den ständigen Streik ein für alle mal ein Ende bereiten würde. Außerdem beginnen gegenwärtig die jüdischen Kammer ihre Tätigkeit, die die Besteuerung der vermögenden Klassen beschließen werden. Der Staatsrat wird mit der weiteren Ueberproduktion von Banknoten aufhören, was eine Besserung der polnischen Valuta zur Folge haben werde.

Nach längeren Verhandlungen wurde eine Unterbrechung anberaumt, während welcher dem Minister ein Schreiben der Industriellen folgenden Inhalts zugeing:

„Mit Bezug auf unsere heutige Konferenz haben wir die Ehre, unsere endgültigen Bedingungen zu unterbreiten:  
1. Wir geben unserer Bereitwilligkeit Ausdruck, vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit die bisher vernünftigen

Grundlöhne um 35 Prozent zu erhöhen, unter der Bedingung, daß diese Löhne bis zum 15. Januar 1923 verpflichtend werden.

2. Vom 15. Januar 1923 ab werden die Grundlöhne im Verhältnis zu dem grundlegenden Preisstand der Bedarfsartikel im Vergleich zu dem Preisstand am 15. November d. J. geändert werden. Die Höhe dieser Änderung wird von einer aus drei Vertretern der Industriellenverbände und drei Vertretern der Arbeiterverbände bestehenden Kommission bestimmt werden.

Falls die genannte Kommission zu einer Verständigung nicht fähig gelangen können, wird sie beim Bohmer Bojemo oder Regierungskommissar für die Stadt Boh um Entscheidung nachsuchen.

Die erste Sitzung dieser Kommission wird 3 Tage nach Wiederaufnahme der Arbeit in den Fabriken stattfinden müssen.

3. Die Arbeiterverbände verpflichten sich, falls ein Streik beschlossen werden sollte, künftig in die Verbände der Industriellen 3 Tage vor Beginn desselben davon zu benachrichtigen."

Nach Verlesung dieses Briefes erklärte Minister Darowski, daß er mit den angelegten Terminen nicht einverstanden sei und annehme, daß im ersten Punkt das Uebereinkommen nicht bis zum 15. Januar 1923, sondern bis zum 31. Dezember d. J. dauern müsse, und daß ferner die Grundlöhne nicht am 15. sondern am 1. Januar 1923 geändert werden sollten. Schließlich fand der Minister, daß die Entscheidung nicht beim Bojemo oder Regierungskommissar eingeholt werden dürfe, sondern einzig und allein beim Bezirksarbeitsinspektor, der bei seiner eingehenden Kenntnis der Verhältnisse in der Textilindustrie zweifellos in der Lage sei, darüber Erklärungen abzugeben.

Von seinen Anträgen unterrichtete der Arbeitsminister telephonisch die Industriellen, die nach kurzer Beratung sich mit den Forderungen der Termine einverstanden erklärten, bezüglich der Entscheidung aber auf ihrem Vorschlag verharreten.

Darauf erklärte der Arbeitsminister, daß diese Entscheidung der Industriellen einem Mißtrauensvotum dem Arbeitsinspektor wie auch dem Arbeitsminister gegenüber gleichkomme.

Zum Schluß wandte sich der Arbeitsminister an die Arbeitervertreter mit der Aufforderung, auf die 35prozentige Erhöhung einzugehen; obwohl sie der Teuerung nicht gleichkomme, müsse doch der Streik eingestellt werden. Ferner gab er bekannt, daß er an weiteren Konferenzen nicht teilnehmen könne. Als Schiedsrichter wurde Bezirksarbeitsinspektor Wojtkiewicz tätig sein.

Im Namen der Klassenverbände nahm Kaluzynski zu den Vorschlägen der Industriellen Stellung, indem er sich mit der vorgeschlagenen 35prozentigen Lohnerhöhung, da sie der Teuerung nicht entspräche, nicht einverstanden erklärte. Er erklärte aber, herüber selbst nicht entscheiden zu wollen. Er werde sich deshalb an die Versammlung der Fabrikdelegierten wenden. Was die Entscheidung betrifft, so gehe er in keiner Weise darauf ein, daß sie dem Bojemo oder Regierungskommissar übertragen werde. Ähnliche Erklärungen gaben die Vertreter anderer Verbände ab.

Die Fabrikdelegiertenversammlung nahm eine Entschließung folgenden Inhalts an:

„Die Versammlung der Delegierten stellt nach Kenntnisnahme des Berichts der Hauptverwaltung über die im Wesen des Arbeitsministers in Angelegenheit der Lohnerhöhung stattgefundenen Konferenz fest, daß die vorgeschlagene Lohnerhöhung, die die äußersten Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie nicht deckt, sowie die Bedingungen, laut welchen die Beteiligung des Arbeitsministers an der ferneren Regelung der Arbeit und Löhne abgelehnt sind und dafür die Verwaltungs- und Polizei-behörden in Aussicht genommen werden, unannehmbar sind. Angesichts dessen beschließt die Versammlung:

1. den Streik um die gerechten Forderungen weiterzuführen;
2. die Hauptverwaltung aufzufordern, gemeinsam mit der Bezirkskommission der Berufsverbände den
- Generalstreik zu beschleunigen;
3. hiesige Aktion von der Stellungnahme des Verbandes „Praca" abhängig zu machen, da die Aktion von der Solidarität der gesamten Arbeiterklasse abhängt;
4. für den nächsten Tag eine Versammlung der Delegierten anzuordnen.

Am Freitag morgen fand eine Versammlung der Gewerkschaft „Praca" statt. Die Delegierten beschloßen, die Bedingungen der Fabrikanten anzunehmen und zur Arbeit zu schreiten. Daraufhin wurde beschlossen, am Freitag







